



Kurzbericht

über die 10. Sitzung des **Sozialausschusses**
am Donnerstag, dem 15. März 2018, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. **Inklusion an Schulen**

Bericht des Landesrechnungshofs gemäß § 99 LHO vom 24. Oktober 2017
Stellungnahme des Bildungsministeriums
[Umdruck 19/597](#)

Der Ausschuss kam überein, sich mit dem Bericht des Landesrechnungshofs in seiner Sitzung am 3. Mai 2018 zu befassen.

2. **Bericht der Landesregierung zu den Vorkommnissen und Zuständen der Pflegeheime in Bredstedt und Niebüll der Alloheim Senioren-Residenzen SE**

Antrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/667](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung zu den Vorkommnissen und Zuständen der Pflegeheime der Alloheim Senioren-Residenzen SE in Bredstedt und Niebüll entgegen und in Aussicht, das Thema nach der Sommerpause wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.

3. **Aktuelle Situation der Grippeerkrankungen in Schleswig-Holstein unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf die stationäre Versorgung**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung zur aktuellen Situation der Grippeerkrankungen in Schleswig-Holstein entgegen.

4. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (1. Teilhabestärkungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/367](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/745](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/757](#)

Nachdem der Ausschuss den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 19/757](#), abgelehnt und den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 19/745](#), inklusive mündlich vorgetragener Änderungen angenommen hatte, empfahl er dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW den geänderten Gesetzentwurf, [Drucksache 19/367](#) zur Annahme.

5. Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei gestalten

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/437](#)

Gesundheitsfachberufe fördern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/479](#)

Der Ausschuss beschloss, zum Antrag der Fraktion der SPD und dem dazugehörigen Alternativantrag der Koalitionsfraktionen eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 23. März 2018 gegenüber dem Geschäftsführer zu benennen.

6. Bürgerversicherung für ein gerechtes Gesundheitssystem einführen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/68](#)

Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme ausbauen

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/273](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW, den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/68](#), und den Alternativantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/273](#), abzulehnen.

7. Wohnortnahe stationäre Hospizplätze weiter bedarfsgerecht anpassen

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/297](#) (neu)

Wohnortnahe stationäre Hospizplätze weiter ausbauen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/342](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit Zustimmung der jeweiligen Antragsteller, den Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/297](#), und den dazugehörigen Alternativantrag der Koalitionsfraktionen für erledigt zu erklären. Gleichzeitig empfahl er dem Landtag einstimmig einen mündlich formulierten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW zur Annahme.

8. Tarifliche Anpassung des vergaberechtlichen Mindestlohns

Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/357](#) (neu)

Der Sozialausschuss empfahl dem federführenden Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und des Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der AfD, dem Landtag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

9. Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219 a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft)

Alternativantrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/463](#) (neu)

Sachliche Information zu Schwangerschaftsabbrüchen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/482](#)

Der Ausschuss empfahl dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, eine schriftliche Anhörung zu den Anträgen durchzuführen und ihn an daran zu beteiligen.

10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b Bundeskindergeldgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/432](#)

Den Gesetzentwurf der Landesregierung empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig zur Annahme.

11. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation der Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2015 bis 2017

[Drucksache 19/423](#)

Der Ausschuss kam überein, den Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in seiner Sitzung am 3. Mai 2018 mit dem Landesbeauftragten zu beraten.

12. Altersvorsorge verbessern - Altersarmut bekämpfen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/510](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/549](#)

Der Ausschuss verschob seine Beratung zum Antrag der Koalitionsfraktionen und dem dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf eine spätere Sitzung.

13. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswaldgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/491](#)

Der Ausschuss beschloss, sich der für den 23. Mai 2018 geplanten mündlichen Anhörung des Umwelt- und Agrarausschusses anzuschließen.

14. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/496](#)

Der Ausschuss beschloss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 23. März 2018 gegenüber dem Geschäftsführer zu benennen.

15. Verschiedenes

Der Ausschuss kam überein, die Veranstaltung zum Thema Aufarbeitung der Medikamentenversuche in der Kinder- und Jugendpsychiatrie am 28. November 2018 durchzuführen.

Schluss: 17:10 Uhr

gez. Thomas Wagner